

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 30 (2003)
Heft: 3

Artikel: Sondersession : mehr Geld für die Forschung
Autor: Crivelli, Pablo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr Geld für die Forschung

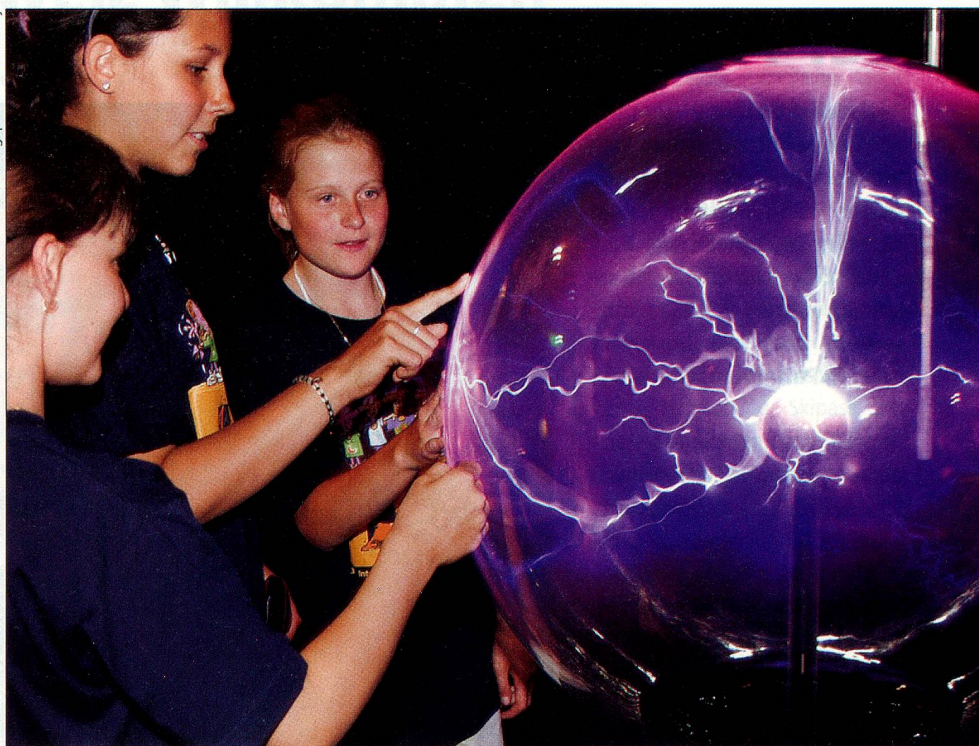
Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, gilt es in unseren einzigen Rohstoff zu investieren: in die «graue Materie». Für die Periode 2004 bis 2007 dürfte der Bund rund 17 Milliarden in die Bereiche Bildung und Forschung stecken.

DIES HAT DER NATIONALRAT an der Sondersession vom 5. bis 8. Mai zur Verabschiedung des Gesetzes über Bildung, Forschung und Technologie entschieden.

Für einmal waren sich Bürgerliche und Linke einig: Um den hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten, muss die Schweiz mehr in die Bereiche Bildung und Forschung investieren und den kommenden Generationen ein hochstehendes Bildungssystem garantieren – nur so werden die jungen Schweizer auf dem Arbeitsmarkt mit ihren europäischen Altersgenossen konkurrieren können.

Verschiedene Volksvertreter wiesen in ihren Voten darauf hin, dass in den vergangenen zehn Jahren die Investitionen in die «graue Materie» trotz exponentiell angewachsener Studentenzahlen stagniert hätten; gewisse Universitäten seien überfüllt, was sich auf die Qualität der Ausbildung auswirke. Einige Nationalräte monierten zudem, dem Nationalfonds unterbreitete ausgezeichnete Forschungsprojekte würden aufgrund mangelnder Finanzmittel abgelehnt, wodurch sich viele Forscher gezwungen sähen, im Ausland ein Auskommen zu suchen. Für die Schweiz bedeute dies einen Verlust an Humankapital, der schon in naher Zukunft negative Auswirkungen zeitigen könnte; Innenminister Pascal Couchepin etwa wies darauf hin, dass fehlende Innovationen eine Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung darstellten.

Zwar sind sich alle Parteien darin einig, dem Bereich Bildung und Forschung mehr Mittel zuzuweisen, doch am Problem der Finanzierung scheiden sich die Geister. Während im November 2002 der Bundesrat eine Erhöhung der Forschungskredite um sechs




Der Denkplatz Schweiz soll gefördert werden. Im Bild Jugendliche im Technorama Winterthur.

Prozent im Vergleich zur Periode 2000 bis 2003 auf 17,3 Milliarden Franken bewilligt hatte, sah er sich nun gezwungen, als Folge der verschlechterten Bundesfinanzen die Krediterhöhung in einem ersten Schritt auf fünf Prozent (–480 Millionen Franken) und in einem zweiten auf vier Prozent zu reduzieren. Die ursprünglich vorgesehenen 17,3 Milliarden würden so auf 16,5 Milliarden schrumpfen. Bis 2006 will der Bund mit Einsparungen von 3,5 Milliarden Franken die Bundeskasse sanieren, die unter geringeren Steuereinnahmen als Folge der markanten Konjunkturlaute leidet. Alle Bereiche werden Opfer bringen müssen, betonte Finanzminister Kaspar Villiger anlässlich der Präsentation des bundesrätlichen Sparpakets vom 30. April.

Bloss aufgeschoben?

Während die Schweizerische Volkspartei (SVP) eine Erhöhung der Forschungskredite um lediglich vier Prozent fordert, beurteilt die Parlamentsmehrheit die von der SVP beantragte Rückweisung an die Kommission als inakzeptabel: für die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), die Christlich-

demokratische Volkspartei (CVP) und die Sozialdemokratische Partei (SP) sind vier Prozent zu wenig. Bildung und Forschung könnten ihrer Ansicht nach nicht länger auf höhere Finanzbeiträge warten. Die FDP und die CVP wären angesichts des lamentablen Zustands der Bundeskasse bereit, den Kompromiss einer fünfprozentigen Erhöhung des Vierjahreskredits mitzutragen. Die SP wiederum will von Sparübungen in einem für das Land zentralen Bereich nichts wissen und fordert die Ausklammerung von Bildung und Forschung vom Steuersparpaket, welches die eidgenössischen Räte in der Juni-Session behandeln werden. Eine entsprechende SP-Motion wurde mit 80 gegen 76 Stimmen gutgeheissen. Ebenfalls überwiesen wurde zudem eine von der Kommissionmehrheit eingebrachte Motion, die eine Erhöhung der Kredite um fünf Prozent vorschlägt.

Ein Entscheid wird also erst im Juni fallen; man kann sich jedoch kaum vorstellen, dass dieser Bereich von der Sparschere verschont bleiben wird. **Pablo Crivelli** 

Übersetzt aus dem Italienischen.